

365 Tage: Wichtige Weichenstellung und Aufwuchs für kriegstüchtige Streitkräfte

30.4.2026 - | Bundesministerium für Verteidigung

Im ersten Jahr der Legislatur der 25. Bundesregierung wurden weiter wichtige Weichen für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands gestellt. Damit reagiert die Bundesregierung auf die Bedrohungslage und zunehmende sicherheitspolitische Unsicherheiten.

Mit dem übergeordneten Ziel, die Fähigkeiten zur Abschreckung und Verteidigung der Bundeswehr zu stärken, einen wesentlichen Beitrag im Bündnis zu leisten und dafür die konventionell stärksten Streitkräfte Europas aufzustellen, wurden in allen Kernbereichen dafür benötigte Maßnahmen angestoßen und Vorhaben umgesetzt. Damit wird der seit Beginn des russischen Angriffskrieges eingeschlagene Weg konsequent fortgesetzt. Nach Jahrzehnten des Sparens und der Verkleinerung der Streitkräfte gibt es nun deutlich positive Entwicklungen und sichtbare Schritte des Aufwuchses.

Strategische Ausrichtung

Im April stellte Verteidigungsminister Boris Pistorius die Gesamtkonzeption militärische Verteidigung, bestehend aus Militärstrategie und Fähigkeitsprofil der Bundeswehr, den Personellen Aufwuchsplan Bundeswehr, die neue Strategie der Reserve sowie die Entbürokratisierungs- und Modernisierungsagenda vor. Diese Grundlagendokumente sind der strategische Rahmen für den qualitativen und quantitativen Aufwuchs der Bundeswehr. Sie schaffen strategische Klarheit, die aufgrund der aktuellen Bedrohungslage notwendig ist. Maßgebliches erstes Ziel ist es, bis 2029 einsatzbereit für die Landes- und Bündnisverteidigung zu sein. Über die Jahresscheiben 2035 und 2039+ soll die Bundeswehr dann zur qualitativ stärksten Armee Europas aufwachsen, mit mindestens 460.000 Soldatinnen und Soldaten aus der aktiven Truppe und der Reserve.

Aufbauend auf diese Dokumente wird nun konsekutiv die Verteidigungsaufstellung erstellt.

Verteidigungshaushalt - endlich Beschaffung nach Bedarf

Bereits in der letzten Legislatur wurde mit der Bereichsausnahme von der Schuldenbremse die Grundlage für eine bedarfsgerechte Ausstattung der Streitkräfte gelegt. Die Soldatinnen und Soldaten sollen das Material und die Infrastruktur erhalten, die sie für ihren wichtigen Auftrag benötigen. „Beschaffung nach Kassenlage“ findet nicht mehr statt.

Dafür hat die Bundesregierung für das Jahr 2026 mehr als 108 Milliarden Euro bereitgestellt. In den Folgejahren wird der Verteidigungshaushalt weiter deutlich steigen. Im Jahr 2029 werden wir, sechs Jahre früher als auf dem NATO-Gipfel 2025 vereinbart, die NATO-Forderung von 3,5% BIP erfüllen. Bis 2035 erreichen wir zusätzlich 1,5% des BIP für verteidigungsnahe Ausgaben.

Rekord-Investitionen bei der Beschaffung

Geld allein schafft aber noch keine Verteidigungsfähigkeit. Daher liegt der Fokus auf dem Fähigkeitsaufbau der Streitkräfte, der sich planerisch aus dem Fähigkeitsprofil ableitet. Insgesamt konnten allein im letzten Kalenderjahr 103 sogenannte 25-Millionen-Euro-Vorlagen in Höhe von über 83,5 Milliarden Euro in den Haushaltsausschuss eingebracht und folgend vertraglich auf den Weg gebracht werden. Darunter waren der Startschuss für die Produktion der Eurofighter Tranche 5, die Beschaffung des Radschützenpanzer Schakal, Artilleriesysteme RCH 155, neue Dienstpistolen P13

sowie das weltraumgestützte taktische Aufklärungssystem (SPOCK). In diesem Jahr liegen wir aktuell bei 17 sogenannter 25-Millionen-Euro Vorlagen, darunter Rahmenverträge für Loitering Munition Systems („Kamikazedrohnen“) sowie die Entscheidung zur Zeichnung eines Vorvertrags zur Beschaffung von MEKO A-200 Fregatten.

In 2025 wurden zudem 149 Projekte an die Truppe ausgeliefert. Die Projekte hatten ein Gesamtvolumen von circa 24 Milliarden Euro, die auch aus dem Sondervermögen kommen. Es wurden unter anderem neue Luftfahrzeuge, Gefechtsfahrzeuge und persönliche Ausrüstung und Material ausgeliefert und in die Truppe eingeführt, darunter der Schützenpanzer PUMA, die ersten Seefernaufklärer P-8A Poseidon und das Standardsturmgewehr G-95. Weitere Meilensteine waren der Roll-Out des neuen Kampfpanzers Leopard 2 A8 und die Indienststellung des ARROW Luftverteidigungssystems.

Mit dem im Februar 2026 in Kraft getretenen BwBB-Gesetz haben wir eine Grundlage zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr geschaffen. Es ermöglicht durch vergaberechtliche Erleichterungen, wie den Verzicht auf Losvergaben und die Bevorzugung marktverfügbarer Produkte, drastische Verkürzungen bei Planungs- und Einkaufsprozessen.

Zusätzlich werden aktuell ein neuer Planungsprozess und eine Neuorganisation des Beschaffungsamtes sowie des angegliederten Bereichs erarbeitet.

Aufbauend auf der Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie (SVI-Strategie) haben wir den Dialog mit der Industrie intensiviert. In wiederkehrenden Formaten bringen wir die Ressorts, Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie weiteren Industriezweige, Start-Ups, Finanzbranche und in Teilen auch unsere ukrainischen Partner zusammen. Zusammen erörtern wir Wege, wie Innovationen vorangebracht werden können, schnellstmöglich das richtige Material produziert und in Nutzung gebracht werden kann und wie die Bundesregierung hierbei weiter unterstützen kann.

Cyber, Innovation, Weltraum

Cyber und Innovation sind für die Bundeswehr entscheidend, um im digitalen Zeitalter kriegstüchtig zu bleiben und technologische Vorteile zu sichern. Mit der Eröffnung des Innovationszentrums der Bundeswehr (InnoZBw) im Februar 2026 in Erding fördert die Bundeswehr eine Innovationskultur, um den Wandel zu modernen Streitkräften zu beschleunigen. Kluge Köpfe, Start-Ups, klassische Industrie und Soldaten arbeiten vor Ort an den innovativen Lösungen von morgen. Das InnoZBw ist eine wichtige Schnittstelle zwischen Bundeswehr und Innovationsökosystem. Durch dieses Konzept verkürzt das InnoZBw die Zeit für die Einführung moderner Technologien in die Truppe. Beispiele sind Drohnenabwehr, KI und unbemannte Systeme. Mit kürzere Innovationszyklen werden technische Rückstände verhindert und Technologien auf dem neuesten Stand gehalten. Weitere Innovationszentren sollen folgen.

Der Aufbau der Drohnenabwehrfähigkeiten steht sinnbildlich für den schnellen Einzug innovativer Fähigkeiten in die Bundeswehr. Zu Beginn des russischen Angriffskrieges verfügte die Bundeswehr nur über sehr eingeschränkte Drohnenabwehrmöglichkeiten. Schnell wurde der Ausbau der Fähigkeiten zur Drohnenabwehr intensiviert. Für alle relevanten Reichweiten und Zielklassen wurden bereits neue Abwehrmaßnahmen beschafft oder deren Erprobung und Beschaffung ist im Gange. Zu den eingeführten bzw. in Betracht gezogenen Systemen gehören Rammdrohnen, Rohrwaffen- und Raketensysteme, Netzwerferdrohnen, Lasersysteme sowie Systeme, die im elektromagnetischen Spektrum wirken. Der Fortschritt erhält auch international Anerkennung: Unsere Drohnenabwehrspezialisten unterstützten im letzten Jahr unsere Partner Dänemark und Belgien auf Anforderung bei der Bewältigung von Gefahrenlagen.

Im letzten Jahr wurden auch im Themenfeld Weltraum richtungsweisende Entwicklungen angeschoben. Der Weltraum wird mehr und mehr militarisiert, Bedrohungen durch fremde Mächte nehmen zu. Wir werden unsere zivilen und militärische Weltrauminfrastruktur schützen, unser Lagebild dafür sicherstellen und Weltraumsysteme für die Kommunikation und Aufklärung der Bundeswehr beschaffen. Als strategischen Rahmen wurde die Weltraumsicherheitsstrategie im November 2025 veröffentlicht. Außerdem wurden Beschaffungsprojekte, wie das Satellitenaufklärungssystem SPOCK angestoßen. Zusätzlich wurden zwei Teleskopsysteme der Bundeswehr mit modernster optischer Sensortechnik in Betrieb genommen.

Zusätzlich wird die Digitalisierung der Bundeswehr in allen Bereichen vorangetrieben. Hierfür sind im Sondervermögen Bundeswehr rund 20 Milliarden Euro veranschlagt. Maßgebliches Projekt ist hierbei die Digitalisierung Landbasierte Operationen (D-LBO). Die Einführung des hochmodernen Funk- und Führungssystems bei den Landstreitkräften durch die Industrie schreitet voran, eng begleitet durch einen kontinuierlichen Test- und Evaluierungsprozess. Industrieseitig wird weiterhin die Ausstattung der ersten Division bis Ende 2027 bestätigt.

Personalaufwuchs

Der personelle Aufwuchs ist das Rückgrat der Bundeswehr von morgen. Daher haben wir erhebliche Anstrengungen in die Nachwuchsgewinnung und Personalbindung investiert. Trotz eines herausfordernden Arbeitsmarktes zeigt die Personalstrategie Wirkung. Zum Stichtag Anfang 2026 verzeichnete die Bundeswehr mit rund 186.000 aktiven Soldatinnen und Soldaten den höchsten Personalbestand seit 12 Jahren. Zudem verzeichnen wir im Jahresvergleich deutliche Zuwachsraten bei den Bewerbungen (~+20%) und Einstellungen (~+10%). Die verstetigten positiven Personalzahlen der vergangenen Monate zeigen, dass der personelle Aufwuchs in vollem Gange ist und sich positiv entwickelt.

Zusätzlich wurde mit dem im Dezember 2025 beschlossenen Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WModG) ein Meilenstein für den personellen Aufwuchs und die Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr geschaffen. Denn neben den Grundlagen für den „Neuen Wehrdienst“ werden gesetzlich auch die Grundlagen der Wehrrfassung und Wehrüberwachung geschaffen. Für die Wehrrfassung erfolgt dies durch einen Online-Fragebogen an alle 18-Jährigen in Deutschland lebenden deutschen Staatsangehörigen. Die Erfassung ist administrativ erfolgreich angelaufen, die Datenabfrage und Prozesse funktionieren reibungslos. Dies ist auch ein Beispiel für eine erfolgreiche Digitalisierung. Seit Anfang des Jahres bis zum 24. April haben rund 194.000 Personen das Anschreiben mit den Zugangsdaten zum Fragebogen bundesweit erhalten. Aus positiven Rückläufern des Fragebogens werden Musterungen und Assessments durchgeführt und Interessierte für konkrete Verwendungen eingeplant. Belastbare Analysen und repräsentative Ergebnisse werden wir im Sommer vorstellen.

Zum personellen Aufwuchs gehört auch, dass wir bei der Ausbildung neue Wege gehen. Die ehemalige Grundausbildung wurde zum Juli 2025 komplett überarbeitet und findet ab Mai 2026 als neue Heimatschutzausbildung Streitkräfte (HSA SK) überall gleich statt. Damit können Soldatinnen und Soldaten auch nach der Erstausbildung reibungsfrei die Teilstreitkraft oder die Truppengattung wechseln. Außerdem haben wir moderne Ausbildungsinhalte wie „Drohneneinsatz und -abwehr“ sowie „Individuelle Resilienzvorsorge“ schon in diese frühen Ausbildungsabschnitte aufgenommen.

Infrastrukturbedarf

Infrastruktur ist neben Personal und Material die dritte wesentliche Säule für einen erfolgreichen Aufwuchs. Wenn Fähigkeiten, Gerät und bedienende Truppe aufwachsen, muss die Infrastruktur mitwachsen. Dies umfasst zum Beispiel den Bau von Kasernen, von Munitionsdepots,

Unterkunftsgebäuden sowie Hallen, Werkstätten und Hangars für neues Großgerät (z.B. F-35 Kampfflugzeuge).

Hierzu haben wir u.a. die Zusammenarbeit mit den für den Bundesbau zuständigen Bundesländern intensiviert und die Prozesse verbessert. Im Ergebnis bauen wir mehr Infrastruktur als jemals zuvor. Im letzten Jahr konnten wir eine Steigerung von 20 % in der Umsetzung von Infrastruktur erreichen. Als eine der vielen Infrastrukturmaßnahmen sollen bis 2031 rund 40.000 Unterbringungsplätze geschaffen werden.

Aus dem geplanten Aufwuchs der Streitkräfte ergeben sich neben infrastrukturellen Bedarfen auch neue Standort- und Liegenschaftserfordernisse. Wir müssen bestehende Liegenschaften erweitern und neue Standorte erschließen. Die Bundeswehr überprüft in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) bundesweit zahlreiche Liegenschaften auf deren potentielle Eignung für eine mögliche zukünftige Nutzung durch die Bundeswehr. Das Bundesministerium der Verteidigung hat im Oktober 2025 die Umwandlung von militärisch genutzten Liegenschaften in eine zivile Nachnutzung (Konversion) ausgesetzt. Insgesamt 200 Liegenschaften werden bisher in diesem sog. Moratorium entsprechend geprüft. Zusammen mit den regionalen Stakeholdern suchen und finden wir gemeinsame Lösungen um die jeweiligen Interessen zu berücksichtigen. Einzelne Standortprüfungen sind bereits sehr weit fortgeschritten. So ist es uns gelungen, uns gemeinsam mit der Landeshauptstadt Kiel auf eine zukünftige militärische Nutzung der ehemaligen Fläche des Marinefliegergeschwaders 5 in Holtenau Ost zu verständigen. In einem Letter of Intent wurde damit jüngst die Grundlage für den Rückkauf einer Fläche geschaffen, die bereits an die Stadt verkauft worden war. Wir werden zeitnah über weitere Entscheidungen und Standorte informieren.

Präsenz und Verantwortung im Bündnis

Die Bundeswehr hat in den vergangenen 12 Monaten mehr Verantwortung im Bündnis übernommen, ganz im Sinne der Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO.

Weniger als zwei Jahre nachdem Bundesverteidigungsminister Pistorius entschieden hat, eine einsatzbereite deutsche Kampftruppenbrigade in Litauen zu stationieren, fand im Mai 2025 der feierliche, öffentliche Aufstellungsappell in Vilnius statt. Im Januar 2026 wurden der Panzerbrigade 45 zwei Kampftruppenbataillone in Deutschland, im Februar 2026 mit der Multinational Battlegroup Lithuania das erste Manöverelement unterstellt. Derzeit leisten schon ca. 1.800 Brigadeangehörige in Litauen ihren Dienst. Der Aufwuchs der Brigade Litauen schreitet planmäßig voran.

Darüber hinaus haben wir an der Ostflanke bei EASTERN SENTRY und dem Einsatz unserer PATRIOT Systeme in Polen sowie dem AIR POLICING in Polen und Rumänien als verlässlicher Partner unsere Verpflichtungen in der NATO wahrgenommen.

Auch die Deutsche Marine hat in den letzten 12 Monaten wichtige Beiträge zur Abschreckung und Verteidigung entlang der NATO- und Nord-Ost-Flanke - von der Arktis über den Nordatlantik bis hin zur Nord- und Ostsee - geleistet. Sie zeigte ihre Leistungsfähigkeit bei der kontinuierlichen Beteiligung und Führung von NATO-Aktivitäten in der Ostsee (BALTIC SENTRY mit CTF-Baltic) und bei ARCTIC SENTRY, mit rotierenden Fregatten, U-Booten und Luftfahrzeugen bei der Sicherung der Region um Grönland, im Nordatlantik und der Arktis.

Die Marine zeigte auch eindrucksvoll, dass neue Technik schnell eingeführt wird: Die neuen Seefernaufklärungsflugzeuge des Typs P8-A Poseidon nahmen bereits kurz nach der Einführung an Übungsabschnitten im Nordatlantik, im Mittelmeer und in Indien teil.

Unterstützung Ukraine

Deutschland ist 2026 mittlerweile stärkster Unterstützer der Ukraine. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat Deutschland militärische Unterstützung in Höhe von circa 55 Milliarden Euro geleistet beziehungsweise bereitgestellt. Für dieses Jahr ist eine Unterstützung im Umfang von 11,5 Milliarden Euro vorgesehen. Der Schwerpunkt der deutschen Unterstützung liegt auf der Befähigung der Ukraine zur Luftverteidigung. Mit der beabsichtigten kontinuierlichen Lieferung hunderter Patriot Lenkflugkörper über die nächsten vier Jahre sowie der Lieferung weiterer Startgeräte für IRIS-T Luftverteidigungssysteme und der Finanzierung zusätzlicher weitreichender Drohnen aus ukrainischer Herstellung wurden substantielle Hilfen für dieses Jahr bereits auf den Weg gebracht.

Im April 2025 hat Deutschland gemeinsam mit Großbritannien die Führung der Ukraine Defence Contact Group (UDCG), auch bekannt als Ramstein-Gruppe, übernommen. Die Treffen der UDCG sind von zentraler Bedeutung bei der Koordination von Unterstützungsleistungen für die Ukraine.

Über den sogenannten PURL- Mechanismus (Prioritized Ukraine Requirement List) hat Deutschland die Ukraine im Jahr 2025 mit weiteren insgesamt 700 Millionen US-Dollar unterstützt. Über den PURL-Mechanismus werden Rüstungsgüter beschafft, die nur durch die USA und US-amerikanische Rüstungsfirmen zeitgerecht und im entsprechenden Umfang geliefert werden können.

Zudem bietet Deutschland über die von Verteidigungsminister Pistorius ins Leben gerufene „Enduring Action on Air Defence“ (EAAD) Initiative Partnern die Möglichkeit, durch finanzielle Unterstützung zur Beschaffung von Luftverteidigungsmitteln oder Abgaben von Systemen aus eigenen Beständen die Luftverteidigung der Ukraine zu stärken.

Neben der materiellen Unterstützung ist Deutschland auch einer der wesentlichen Träger im Rahmen der EU-Ausbildungsmission EUMAM UA (European Union Military Assistance Mission Ukraine) zur Ausbildung von Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte. Deutschland hat seit Missionsbeginn über 25.000 ukrainische Soldatinnen und Soldaten ausgebildet. Das Spektrum der Ausbildung umfasst militärische Grund-, Spezial- und Stabsausbildungen, die Schulung an Waffensystemen und vieles mehr.

Im Gegenzug hat Deutschland mit der Ukraine eine Vereinbarung zum Einsatz ukrainischer Ausbilder an den Truppschulen und Ausbildungseinrichtungen des Heeres geschlossen, um von den Erfahrungen der ukrainischen Soldatinnen und Soldaten im Krieg zu lernen und die eigene Einsatzbereitschaft weiter zu stärken.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine haben sich mittlerweile von einer reinen militärischen Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkampf - hin zu einer vertrauensvollen, verlässlichen strategischen Partnerschaft entwickelt. Diese drückt sich beispielsweise in weiteren Vereinbarungen zur gemeinsamen Weiterentwicklung und Produktion von Strike-Drohnen mit mittlerer und weiter Reichweite im Rahmen eines Joint Ventures oder der Vereinbarung zum Austausch digitaler Gefechtsfelddaten aus.

Drehscheibe Logistik und der Operationsplan Deutschland

Aufgrund seiner geografischen Lage hat Deutschland eine besondere Rolle als Drehscheibe für Marschbewegungen in Europa. Das Funktionieren der logistischen Drehscheibe im Verteidigungs- und Bündnisfall hat strategische Relevanz für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und des Bündnisses. Daher investiert die Bundeswehr viel in funktionierende und eingespielte Prozesse, die bei vielfältigen Übungen in den vergangenen zwölf Monaten trainiert wurden. Vom Schutz kritischer

Infrastruktur (KRITIS) über Amtshilfe bis zur Optimierung der zivil-militärischen Gesundheitssicherung – unter Einbeziehung aller Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche – zeigen diese Stress-Test deutlich, dass Gesamtverteidigung gesamtgesellschaftlich organisiert werden muss. In der zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) erfolgte daher die Intensivierung der Kooperation auf Bundes- und Länderebene – immer unter Einbindung der Behörden der Inneren Sicherheit, ziviler Blaulichtorganisationen und ziviler Leistungserbringer.

Dafür haben wir unsere Soldatinnen und Soldaten durch das Artikelgesetz „Militärische Sicherheit“ auch mit den notwendigen Befugnissen ausgestattet. Die erweiterten Möglichkeiten der Militärpolizei (Feldjäger) dienen dem Schutz der Soldatinnen und Soldaten sowie deren Familien gegen zunehmende Spionage, Sabotage sowie Cyberangriffe.

Zur möglichen Unterstützung der zuständigen Behörden für die Innere Sicherheit bei der Drohnenabwehr wurde zudem das Luftsicherheitsgesetz angepasst. Somit können wir gemeinsam besser auf Bedrohungslagen reagieren und Sicherheitslücken schließen.

Ausblick

Wir planen, ab dem Sommer weitere Gesetze auf den Weg bringen. Zunächst zur Stärkung der Reserve, in der zweiten Jahreshälfte zur weiteren Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben.

<https://www.bmvg.de/de/presse/weichenstellung-aufwuchs-6097806>